



Wahlkampf um die härteste Migrationspolitik?

*Eine Analyse der migrationspolitischen Vorhaben
im Rahmen der türkischen Parlaments- und
Präsidentschaftswahlen 2023*

Ein Bericht von Paula Edling & Anna
Schenkenberger

borderline - europe

Menschenrechte ohne Grenzen e.V.

Kontakt

mail@borderline-europe.de;
italia@borderline-europe.de
Sitz: Gneisenastr. 2a,
10961 Berlin

Autori*innen:

Paula Edling, Anna Schenkenberger

Redaktion:

Pia Schupp, Carla Regling

Layout

Kristina Di Bella

© Cover Foto

Tolga Ahmetler via Unsplash

Spenden:

borderline-europe e.V.
GLS Bank, Bochum
IBAN : DE11 4306 0967 4005 7941 00
BIC: GENODEM1GLS (Bochum)

Anstehende Wahlen

Am 14. Mai steht in der Türkei eine Parlaments- und Präsidentschaftswahl an, die als "Schicksalswahl" wegen der potenziellen innen- und außenpolitischen Auswirkungen international viel Aufmerksamkeit erfährt. [1]

Nach über 20 Jahren Regierung durch Recep Tayyip Erdoğan und seiner Partei der AKP hat sich erstmals eine säkulare Opposition aus sechs Parteien hinter dem kemalistischen Sozialdemokraten Kemal Kılıçdaroğlu (CHP) versammelt.[2] Aktuelle Umfragen zufolge handelt es sich um ein Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen den beiden Präsidentschaftskandidaten, sodass ein Regierungswechsel und ein damit verbundener politischer Umschwung in der Türkei seit langem zumindest möglich erscheint. [3/4] Grundsätzlich geht es in dem Wahlkampf um eine Ablösung oder Fortführung der autoritären und islamisch-konservativen Regierung Erdoğan's.

Ein Wahlsieg der Opposition wäre – so die Ankündigung – mit einer Reinstallation von Rechtsstaatlichkeit und parlamentarischer Demokratie verbunden, weshalb er angesichts der starken Einschränkung von Grundrechten in der Türkei grundsätzlich positiv zu bewerten ist. In diesem Artikel setzen wir jedoch einen Fokus auf die in den Wahlprogrammen verhandelte Ausrichtung türkischer Migrationspolitik, die wegen der geopolitischen Lage der Türkei und deren Instrumentalisierung als EU-Pufferzone für Fluchtbewegungen besonders komplex ist. Dabei zeigen wir, dass sowohl ein Sieg der Regierung als auch der Opposition mit akuten Abschottungsplänen verbunden ist und Geflüchtete und Migrant*innen in diesem Wahlkampf mehr als je zuvor zu Spielbällen der Politik instrumentalisiert, anstatt mit ihren Rechten wahrgenommen und respektiert zu werden.

[1] Gottschlich, Jürgen (04.05.2023). Wahlen in der Türkei: Einheit gegen Erdoğan. Taz, <https://taz.de/Wahlen-in-der-Tuerkei/15928729/>, (Zugriff 06.05.23).

[2] Neben der CHP gehört auch die nationalistische İYİ - Partei, die islamistisch-konservative Glückseligkeitspartei (Saadet Partisi), die mitte-rechts orientierte 'Demokrat Parti', die DEVA (Demokratie- und Fortschrittspartei) und die Gelecek Partisi (Zukunftspartei) zu der Allianz. Die Opposition wird weiterhin durch die linke pro-kurdische Partei HDP unterstützt, indem diese auf eine Präsidentschaftskandidatur verzichtet.

[3] Altunkaya, Tuba (19.04.2023). Turkey opinion poll tracker: Erdoğan vs Kılıçdaroğlu. Euronews, <https://www.euronews.com/2023/03/14/turkey-opinion-poll-tracker-erdogan-vs-kilicdaroglu> (Zugriff 06.05.23).

[4] Angesichts der jahrzehntelang verfestigten Korruptionsstrukturen im Land sind genaue Prognosen schwierig zu leisten, da nicht sicher davon ausgegangen werden kann, dass die Wahl nach rechtsstaatlichen Prinzipien verläuft.

Besonders der Umgang mit den 4,5 Millionen Geflüchteten aus Syrien ist ein stark aufgeladenes Thema im türkischen Wahlkampf. Das liegt daran, dass – u.a. hervorgerufen durch eine jahrelange Instrumentalisierung der aktuellen Regierung – Geflüchteten eine zentrale Schuld an der prekären wirtschaftlichen Situation in der Türkei zugesprochen wird; so herrscht in der Türkei eine kontinuierliche Inflation und hohe Arbeitslosenquote, die durch die schweren Erdbeben Anfang 2023 nur noch einmal verschärft wurden.

Die promigrantische Politik und gesamtgesellschaftliche Stimmung, in der syrische Geflüchtete in der Türkei 2011 noch als 'Gäste' [5] bezeichnet und willkommen geheißen wurden, verschob sich in den letzten Jahren, wie auch in zahlreichen anderen Einwanderungskontexten, Schritt für Schritt Richtung Ablehnung und Hetze. [6] Vor diesem Hintergrund schlug die AKP-Regierung in den letzten Jahren bereits eine deutlich konservativere Asyl- und Migrationspolitik ein. So wurden neben weiteren Maßnahmen sogenannte 'freiwillige Rückkehr'-Mechanismen [7] implementiert, wobei es sich im Endeffekt um systematische Abschiebungspläne, die maßgeblich von der EU finanziert wurden, handelt. Zudem veränderte sich durch den politischen Kurswechsel die Stimmung in der Bevölkerung, wie eine Meinungsumfrage im Jahr 2021 zeigt:

Im Rahmen dieser Umfrage gaben siebzig Prozent der Befragten an, bei der diesjährigen Wahl ihre Stimme der Partei geben zu wollen, die am härtesten gegen Geflüchtete vorgehen werde. [8] Diese Haltung schlägt sich auch in den Wahlprogrammen beider Kontrahenten nieder, nämlich in zugespitzten Plänen der Abschottung, Kriminalisierung und Abschiebung. Eine Grundidee für die Zukunft scheint das politisch gesplittene Land also tendenziell zu vereinen: 'Turkiye first'... and refugees out.

In diesem Übersichtsartikel zu den anstehenden Wahlen werfen wir zunächst einen Blick zurück bis ins Jahr 2011 und zeichnen die migrationspolitische Entwicklung der Türkei bis heute nach. Danach schauen wir uns die parteipolitische Ausrichtung der beiden gegenüberstehenden Präsidentschaftskandidaten an und stellen schwerpunktmäßig ihre programmatische Ausrichtung für die Wahl vor. Als Abschluss blicken wir in die Zukunft der türkischen Asyl- und Migrationspolitik.

[5] Presidency of the Republic of Türkiye (04.10.2015). "We will maintain our open door policy", <https://www.tccb.gov.tr/en/news/542/35538/we-will-maintain-our-open-door-policy> (Zugriff 06.05.23).

[6] Tahiroğlu, Merve (17.08.2022). Immigration Politics: Refugees in Turkey and the 2023 Elections, <https://us.boell.org/en/2022/08/17/immigration-politics-refugees-turkey-and-2023-elections#2B> (Zugriff 06.05.23).

[7] 2019–2022 wurde ein Programm mit dem Titel 'Assisted Voluntary Return and Reintegration of Irregular Migrants in Türkiye' (AVRR) eingeführt, das von der EU erstmals mit 5,5 Millionen Euro mitfinanziert wurde. Eine aktuelle Neuverhandlung sieht eine EU-Finanzierung von über 8 Millionen Euro vor.

[8] Sazak, Selim (08.08.2021). Turkey's Refugee Problem Is Reaching a Breaking Point. Foreign Policy, <https://foreignpolicy.com/2021/09/08/turkey-refugee-erdogan-akp-crisis-chp-syria-afghanistan/> (Zugriff 06.05.23).



© Mathias Reding

Rückblick: 2011- Heute

Seit dem Ausbruch des syrischen Bürgerkriegs 2011 flohen mehrere Millionen Menschen aus dem Nachbarland in die Türkei. Diese und weitere Fluchtbewegungen aus anderen Nachbarstaaten (wie Iran, Afghanistan, Pakistan und Irak) in die Türkei führten zu einer Ausgestaltung der staatlichen 'Migrationssteuerung', die es bis 2011 so nicht gab.

Da die Entwicklungen dieser migrationspolitische Instrumente und Gesetze jederzeit stark an politische Interessen geknüpft waren, die auch heute noch im Kontext der Wahl relevant sind, wollen wir deren schrittweise Entwicklung als relevante Ausgangslage für die aktuelle Situation grob nachzeichnen.

In den ersten Jahren nach Ausbruch des syrischen Bürgerkriegs wurden geflüchtete Syrer*innen zunächst in Lagern in der südöstlichen Grenzregion zu Syrien angesiedelt. Zu dieser Zeit wurde die Aufnahme der Syrer*innen von der AKP-Regierung dadurch legitimiert, dass es sich um 'muslimische Brüder und Schwestern' handele, vor denen man die Tore in Not nicht verschließen dürfe. Die Syrer*innen wurden weiterhin als 'Gäste' bezeichnet und behandelt, was die Erwartung der türkischen Behörden unterstrich, dass der Konflikt in Syrien in naher Zukunft enden und syrische Geflüchtete in ihr Heimatland zurückkehren würden. [9] Wie Lamis Abdelaaty schreibt, hat diese Gastrolle von Anfang an die problematische Implikation, dass "man vom Wohlwollen des Gastgebers abhängig ist und sich nicht auf internationales Recht und Rechte berufen kann". [10]

[9] Ataç, İlker; Heck, Gerda; Hess, Sabine; Kaşlı, Zeynep; Ratfisch, Philipp; Soykan, Cavidan; Yılmaz, Bediz (2017). Contested B/Orders. Turkey's Changing Migration Regime. An Introduction, in: movements. Journal for Critical Migration and Border Regime Studies 3 (2), S. 43.

[10] Abdelaaty, Lamis (2019): Refugees and Guesthood in Turkey, in: Journal of Refugee Studies, 0 (0), S. 5.

Knapp zwei Jahre nach Kriegsausbruch in Syrien, am 11. April 2013, trat dann in der Türkei das wegweisende Gesetz Nr. 6458 über Ausländer und internationalen Schutz (LFIP) [11] in Kraft. Das LFIP unterscheidet drei Arten von internationalen Schutzstatus, die Asylsuchenden in der Türkei verliehen werden können (vgl. Art. 61–63 LFIP). Demnach haben lediglich Personen, die unter die Flüchtlingsdefinition der Genfer Flüchtlingskonvention fallen und aus einem europäischen Herkunftsland stammen, Anspruch auf den Flüchtlingsstatus. Währenddessen wird Personen, die zwar unter die Flüchtlingsdefinition der GFK fallen, aber aus einem sog. nicht-europäischen Herkunftsland stammen, nur der bedingte – d.h. nicht an rechtliche Ansprüche gekoppelte – Flüchtlingsstatus verliehen.

Zuletzt erhalten Personen, die zwar nicht unter die Definition der GFK fallen, aber denen bei einer Rückkehr in ihr Herkunftsland die Todesstrafe oder Folter drohen würde oder die aufgrund von Kriegssituationen oder bewaffneten Konflikten einem individuellen Risiko willkürlicher Gewalt ausgesetzt wären, einen subsidiären Schutzstatus. In Ergänzung zu dem LFIP wurde am 13. Oktober 2014 mit dem Erlass der RL Nr. 2014/6883 [12] ein zusätzliches Regelwerk für den sogenannten vorübergehenden Schutzstatus geschaffen, der seitdem überwiegend syrischen Staatsangehörigen verliehen wird. [13] Die Richtlinie legt zwar die Bedingungen für die Registrierung und den Aufenthalt in der Türkei fest, die Dauer des Schutzes wird jedoch nicht näher bestimmt und ist damit nicht an rechtliche Ansprüche geknüpft. Der durch die Richtlinie geltende vorübergehende Schutzstatus kann also jederzeit durch einen Beschluss des Ministerrats entzogen werden. [14]

Als weiteres relevantes migrationspolitisches Regelwerk wurde als Reaktion auf die steigende Anzahl an Schutzsuchenden auf europäischem Boden am 18. März 2016 die EU-Türkei-Erklärung [15] abgeschlossen. Diese sah prinzipiell die Rückführung von allen ankommenden 'irregulären' Migrant*innen auf den griechischen Inseln zurück in die Türkei vor. Im Gegenzug wurden der Türkei sechs Milliarden Euro Finanzierungshilfe für deren Versorgung zugesprochen. Weiterhin sollte in einem 1:1-Mechanismus für jede in die Türkei abgeschobene Person eine*n Syrer*in mit Bleibeperspektive in die EU reisen können. Offiziell sollte die EU-Türkei-Erklärung effizient die Anzahl an 'unerlaubten Grenzübertritten' in die EU sowie die Todeszahlen in der Ägäis verringern, die seit 2015 sprunghaft angestiegen sind. Faktisch wurde die Türkei durch diese Erklärung zu einer EU-Pufferzone für unerwünschte Migrationsbewegungen. Die Erklärung wird zurecht wegen ihrer politischen Konsequenzen, unter anderem der verheerenden Hotspot-Lager-Politik in Griechenland, bereits seit Jahren kritisiert.

[11] Gesetz über die Ausländer und den internationalen Schutz vom 04. April 2013, Nr. 6458, Dokument-ID: 1023732.

[12] Richtlinie Nr. 2014/6883 vom 13.10.2014 über den vorübergehenden Schutz in der Türkei.

[13] Refugee Rights Turkey (31.12.2020). „Country Report: Turkey“, Country Report - Update 2020 (The Asylum Information Database (AIDA)), 19, https://asylumineurope.org/wp-content/uploads/2021/05/AIDA-TR_2020update.pdf.

[14] Dicke, Ayşe Ergin (30.09.2020). „What Happened at the Greece-Turkey Border in early 2020?“, Verfassungsblog on Matters Constitutional, <https://verfassungsblog.de/what-happened-at-the-greece-turkey-border-in-early-2020/>.

[15] Europäischer Rat (18.03.2016). Pressemitteilung: Erklärung EU-Türkei, 18. März 2016, <https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2016/03/18/eu-turkey-statement/>.

Infolge des Putschversuches im Juli 2016 änderte sich die innenpolitische Lage in der Türkei drastisch: Um ihren Machterhalt sicherzustellen, setzte die Regierung unter Präsident Erdoğan noch stärker als in der Vergangenheit auf eine konservativ-islamische und autoritäre Linie. Die Spaltung zwischen konservativen und säkularen Kräften nahm zu und religiöse Minderheiten in der Türkei wurden essentiell bedroht und in ihren Rechten eingeschränkt. [16] Das hatte unter anderem zur Konsequenz, dass sich Unterstützungsangebote regierungsnaher Organisationen ab 2018 vor allem nur noch an religiöse Geflüchtete aus Syrien richteten, während internationale Organisationen nach und nach verboten wurden und jegliche nicht-religiöse Hilfsangebote verschwanden. Als Folge davon entstand eine große Lücke in der Versorgung von Geflüchteten. Daneben führte die strukturelle Diskriminierung von nicht-religiösen Geflüchteten dazu, dass von dort an immer mehr Syrer*innen und Nicht-Syrer*innen ohne legalen Status sowie Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen und Gesundheitsversorgung in der Türkei lebten. [17]

Die grundsätzliche Tendenz in der Verschlechterung der Situation von Geflüchteten und Migrant*innen in der Türkei lässt sich an weiteren Eckpunkten beispielhaft festmachen: So wurden zum Beispiel am 22. Juli 2019 im Rahmen einer Änderung des LFIP die Fristen für die Einlegung von Rechtsmitteln gegen Abschiebungsentscheidungen von fünfzehn auf zehn Tage verkürzt; der UNHCR zog sich aus den Asyl- und Flüchtlingsbestimmungsverfahren in der Türkei gänzlich heraus und die Großstädte Istanbul, Ankara und Izmir wurden faktisch für die Neu-Registrierung von Syrer*innen und andere Migrant*innen geschlossen und diese in sogenannte Satellitenstädte [18] verbannt. Die dort herrschenden institutionellen Unzulänglichkeiten führten – neben vielen weiteren Unzulänglichkeiten – unter anderem zu extrem langwierigen und unsicheren Prozessen bei der Registrierung im Rahmen von Asylverfahren. [19] Das Leben für Geflüchtete in der Türkei wurde nach und nach immer mehr von Unsicherheit und Willkür geprägt.

Spätestens 2020 wandte sich die politische Rhetorik der AKP-Regierung von der einst propagierten Gastfreundschaft sodann endgültig ab. Während Syrer*innen in den ersten Jahren vor allem wegen ihrer Funktion als billige Arbeitskräfte willkommen geheißen und als essentiell für die Wirtschaft hochgehalten wurden, stand nun die wirtschaftliche Belastung der Türkei durch die Aufnahme von Geflüchteten im Vordergrund.

[16] Sido, Kamal (16.02.2022). „Islamisierung der Türkei: Spaltung für den Machterhalt“, Presseportal. Gesellschaft für bedrohte Völker, <https://www.presseportal.de/pm/29402/5147672> (Zugriff 06.05.23).

[17] Karadağ, Sibel; Bahar, Ilker (2022). „Ending up in a Cul-De-Sag? Critical Junctures In The EU-Turkey_Deaf On Its Sixth Anniversary“, IPC Mercator Analysis, <https://ipc.sabanciuniv.edu/Content/Images/CKeditorimages/20220319-12032748.pdf>, S. 6.

[18] Geflüchtete und Asylsuchende in der Türkei werden überwiegend in sog. Satellitenstädten untergebracht und warten dort auf ihre Umsiedlung. In den seltensten Fällen ist es den dort untergebrachten Personen erlaubt, die Städte zu verlassen. Im Jahr 2018 umfasste die Liste der offiziellen Satellitenstädte für internationale Schutzsuchende 62 Provinzen in der gesamten Türkei (vgl. ECRE / AIDA Country Report Turkey 2019, S. 138).

[19] Karadağ, Sibel; Bahar, Ilker (2022). „Ending up in a Cul-De-Sag? Critical Junctures In The EU-Turkey_Deaf On Its Sixth Anniversary“, IPC Mercator Analysis, <https://ipc.sabanciuniv.edu/Content/Images/CKeditorimages/20220319-12032748.pdf>, S. 5

Davon ausgehend wurde die generelle Aufenthaltsberechtigung von syrischen Geflüchteten in der Türkei zunehmend öffentlich in Frage gestellt. So begründet Erdoğan seinen Kurswechsel unter anderem damit, dass die Türkei schließlich nicht das 'Geflüchtetenlagerhaus' der ganzen Welt sein könne. [20] Seine Argumentation, die an den nationalistischen Stolz der immer schon stark patriotischen Gesellschaft appelliert, stieß dort auf viel Anklang. Als Folge wurden Geflüchtete in der Türkei zum Subjekt von zunächst vereinzelt Attacks, indem zum Beispiel syrische Geschäfte und Wohnhäuser demoliert wurden und sich verbale und körperliche Übergriffe auf syrische Geflüchtete häuften. [21]

Zudem verschlechterte sich die Beziehung zu Griechenland zunehmend, unter anderem befeuert durch den andauernden Zypernkonflikt und die praktische Umsetzung des EU-Türkei-Deals. Beide Länder beschuldigen sich gegenseitig der Falschaussagen und Propaganda, beispielsweise über die von der griechischen Küstenwache praktizierten Pushbacks in der Ägäis. [22]

Gleiches gilt für die Beziehung zur EU: So warf die Türkei der EU vermehrt vor, die versprochenen Gelder im Rahmen der Erklärung nicht bezahlt zu haben und sie mit der Verantwortung und Versorgung allein zu lassen. Die Situation eskalierte, als Erdoğan seine Drohung, Geflüchtete nicht mehr auf ihrem Weg in die EU zurückzuhalten, in die Tat umsetze und die Grenze zur EU öffnete. In der Folge machten sich tausende Geflüchtete auf den Weg von der Türkei nach Europa und wurden gewaltsam an der türkisch-bulgarischen Grenze zurückgeschlagen und nur wenige Tage später wieder in die Türkei zurückgedrängt. Diese ganzen Konflikte führten schließlich zu einer gänzlichen Aussetzung der EU-Türkei-Erklärung im März 2020. [23]

Im Sommer 2020 wurden sodann auch erste Pläne der türkischen Regierung für eine systematische Abschiebung der 'irregulären' Migrant*innen (also Geflüchtete aus Afghanistan, Iran, Pakistan und Irak) und im Zuge der sogenannten 'freiwillige Rückkehr' (überwiegend für Syrer*innen) bekannt. „Statt die Politik der offenen Tür oder die Regelungen über die Aufnahme von Geflüchteten zu ändern, will [die türkische Regierung] Geflüchtete ermutigen, zurück nach Syrien zu gehen, indem dort Häuser repariert werden, die sie zu einer freiwilligen Rückkehr bewegen sollen.“ [24]

[20] Szak, Selim (08.08.2021). Turkey's Refugee Problem Is Reaching a Breaking Point. Foreign Policy, <https://foreignpolicy.com/2021/09/08/turkey-refugee-erdogan-akp-crisis-chp-syria-afghanistan/> (Zugriff 06.05.23).

[21] Tokyay, Menekşe (05.09.2022). Hate crimes against Syrian refugees in Turkey on rise: Experts, <https://www.arabnews.com/node/2156836/middle-east> (Zugriff 06.05.2023).

[22] ANSA (08.03.2021). „Migrants: Greece Accuses Turkey of „Violating Obligations““, InfoMigrants, <https://www.infomigrants.net/en/post/34056/migrants-greece-accuses-turkey-of-violating-obligations> (Zugriff 06.05.2023).

[23] Engel, Gudrun (05.03.2020). EU-Türkei-Abkommen: Wer hat den Flüchtlingsdeal gebrochen?, <https://www.tagesschau.de/faktenfinder/eu-tuerkei-fluechtlingsabkommen-109.html> (Zugriff 06.05.2023).

[24] Interview mit einem Professor aus dem Fachbereich englische Sprache und Literatur der Çanakkale Onsekiz Mart Üniversitesi, Türkei (Original aus dem Englischen: „And probably a million Syrian refugees will be sent back to the northern part of Syria controlled by Turkey and the ruling party will be just propagating that a lot more.“)

Angesichts der andauernden Situation in Syrien lässt sich vermuten, dass hinter dieser euphemistischen Formulierung eine repressive Abschiebungspolitik steckt – deren tatsächliche Umsetzung sich in willkürlichen Verhaftung, Inhaftierung und Abschiebung von Syrer*innen nach Nordsyrien niederschlägt.

Nicht nur die Polizeigewalt, die eingesetzt wird, um ihre 'freiwillige Rückkehr' in Dokumenten zu bescheinigen, stellt ohne Frage eine Missachtung internationalen Rechts dar. [25] Diese schon schlechte Situation für Geflüchtete verschlechterte sich noch einmal mehr mit dem Ausbruch der COVID-19-Pandemie, da das "Migrationsmanagement" der Türkei unzureichend auf einen solchen gesundheitlichen Notstand vorbereitet war. Insbesondere Geflüchtete hatten dadurch keinerlei Zugang zu gesundheitlicher Versorgung, Anlaufstellen zur Essensversorgung mussten aufgrund von Vorkehrungen zur Eindämmung der Pandemie schließen, eine kontinuierliche Schulbildung konnte nicht garantiert werden. [26]

Zuletzt hat insbesondere die Machtübernahme der Taliban in Afghanistan im Sommer 2021 und infolgedessen eine bis heute hohe Zahl an afghanischen Geflüchteten die innenpolitische bereits angespannte Lage in der Türkei nur noch einmal weiter verschärft. [27] Heute herrscht oftmals eine generelle Ablehnung gegen Geflüchtete und Migrant*innen im Allgemeinen. Besonders präsent sind (parteübergreifend) nationalistische Argumentationen von Überfremdung, wie das folgende Beispiel zeigt: So wurde 2022 das Narrativ eines Banners mit der Aufschrift "Die Grenze ist unsere Ehre" von nationalistischen Aktivist*innen, die zunächst noch aufgrund von Terrorismusvorwürfen verhaftet wurden, später in ähnlicher Weise von den zwei Oppositionsparteien CHP und İYİ – Partei aufgegriffen. Sie reagierte auf die Verhaftungen der Aktivist*innen, indem sie ähnliche Banner an Gebäuden im ganzen Land aufhängten. [28] Viele Menschen, die sich einst noch enthusiastisch mit den Menschen solidarisierten, lehnten im Jahr 2023 ein dauerhaftes Zusammenleben mit Syrer*innen und anderen Zugezogenen in der Türkei ab. [29]

[25] Sou-Jie van Brunnersum (24.10.2022). Turkey accused of deporting hundreds of refugees to Syria. Infomigrants, <https://www.infomigrants.net/en/post/44223/turkey-accused-of-deporting-hundreds-of-refugees-to-syria> (Zugriff 06.05.2023).

[26] UNHCR (10.10.2021): COVID-19 in Türkiye and livelihoods of vulnerable people and refugees: a synthesis report, <https://reliefweb.int/report/turkiye/covid-19-turkiye-and-livelihoods-vulnerable-people-and-refugees-synthesis-report-10-october-2022>.

[27] Sazak, Selim (08.08.2021). Turkey's Refugee Problem Is Reaching a Breaking Point. Foreign Policy, <https://foreignpolicy.com/2021/09/08/turkey-refugee-erdogan-akp-crisis-chp-syria-afghanistan/> (Zugriff 06.05.23).

[28] ebd.

[29] Erdoğan, M. Murat (2019). „Syrians Barometer 2019; A Framework for achieving social cohesion with Syrians in Turkey. UNCHR, S. 13.



© Tolga Ahmetler

Aktuelle Situation als Ausgangslage für den Wahlkampf

Aktuell befinden sich in der Türkei als derzeit größtes Einwanderungsland der Welt über sechs Millionen Geflüchtete und sogenannte 'irreguläre' Migrant*innen. Diese Unterteilung und Bezeichnung basiert auf der oben skizzierten Kategorisierung in der Türkei: Offiziell zählen die ca. vier Millionen Personen aus dem Nachbarland Syrien als 'Personen mit vorübergehendem Schutzstatus', während die weiteren zwei Millionen primär aus dem Iran, Irak und Afghanistan eingereisten Personen unabhängig von Fluchtgründen als 'irreguläre' Migrant*innen gelten, woraus sich kein vergleichbarer Schutzstatus ableitet. [30] Insbesondere im Osten des Landes, in Städten wie Hatay oder Gaziantep, stellen geflüchtete Syrer*innen mehr als 25% der Bevölkerung dar. Dadurch wird der Druck, auf Spannungen in der Bevölkerung langfristig zu reagieren, nicht nur auf die dortigen Kommunalverwaltungen spürbar größer. [31] Damit verbunden ist vor allem der Druck auf die Regierung, darauf zu reagieren.

Ohne Frage stellt die Versorgung der sechs Millionen Geflüchteten und 'irregulären' Migrant*innen in der Türkei einen großen Kostenfaktor für die Türkei dar: Schätzungen zufolge investierte die Regierung in den letzten Jahren umgerechnet 100 Milliarden US-Dollar für die Unterbringung, medizinische Versorgung und Bildung von syrischen Geflüchteten. [32] Trotzdem ist der Versorgungsbedarf damit nicht annähernd ausreichend gedeckt. [33]

[30] Tahiroğlu, Merve (17.08.2022). Immigration Politics: Refugees in Turkey and the 2023 Elections, <https://us.boell.org/en/2022/08/17/immigration-politics-refugees-turkey-and-2023-elections#2B> (Zugriff 06.05.23).

[31] Karabat, Ayşe (10.06.2022). Die Türkei und die syrischen Flüchtlinge. Wie die Syrer zum Sündenbock werden, <https://de.qantara.de/inhalt/die-tuerkei-und-die-syrischen-fluechtlinge-wie-die-syrer-zum-suendenbock-werden> (Zugriff 06.05.23).

[32] ebd.

[33] Tahiroğlu, Merve (17.08.2022). Immigration Politics: Refugees in Turkey and the 2023 Elections, <https://us.boell.org/en/2022/08/17/immigration-politics-refugees-turkey-and-2023-elections#2B> (Zugriff 06.05.23).

Angesichts der hohen Versorgungsbedarfe im wirtschaftlich zunehmend maroden Staat sind die im Rahmen des EU-Türkei-Deals versprochenen sechs Milliarden Euro (sowie die aktuell in Aussicht gestellten weiteren 3 Milliarden) Finanzierungshilfe der EU an die Türkei nicht annähernd ausreichend. An dieser Stelle muss daher rhetorisch die Frage aufgeworfen werden, inwiefern die EU mit ihren Zuschüssen das angebliche Interesse einer angemessenen Versorgung von Schutzsuchenden verfolgt, oder vielmehr die wirtschaftliche Abhängigkeit der Türkei für ihre Interessen in der Abschottungspolitik ausnutzt. [34]

Insgesamt hat sich die zunehmende Inflation in der Türkei stark auf das Leben von Geflüchteten und deren Perspektive in der Türkei ausgewirkt. Bereits seit 2020 wird die ökonomische Belastung durch Geflüchtete in der Idee eines gemeinsamen Sündenbocks manifestiert und aktuell im Wahlkampf immer weiter instrumentalisiert. Syrer*innen werden maßgeblich für die prekäre wirtschaftliche Situation (mit einer Inflation von über 50 Prozent) und die steigende Arbeitslosigkeit (aktuellen Zahlen zufolge liegt die Arbeitslosenquote bei etwa zehn Prozent, die Jugendarbeitslosigkeit mit etwa 19 Prozent noch einmal deutlich darüber [35]) verantwortlich gemacht. Ein Großteil der Bevölkerung hat zudem den Eindruck, dass die Geflüchteten durch staatliche Programme bevorzugt behandelt würden. [36] Deutlich wird diese Einordnung beispielsweise durch Schlagzeilen wie "Every Ten Syrians Have Put Six Turks Out of a Jobs" in der populären Zeitung Sözcü, in deren Artikel Daten des International Centre for Migration Policy Development falsch zusammengefasst und dargestellt werden. [37] Als Resultat solcher Kampagnen – sowie wegen der hohen staatlichen Repressionen – gibt es in der Türkei derzeit keine politische Partei oder größere zivilgesellschaftliche Gruppe mehr, die sich für die Rechte von Geflüchteten einsetzt. [38]

Die zugespitzte antimigrantische Stimmung verdeutlichte sich in den letzten Jahren in der landesweiten Verbreitung von rassistischer Hetze und verschiedenen nicht mehr nur verbalen, sondern vermehrt körperlichen Attacken gegen Syrer*innen, die im Jahr 2023 nur noch weiter ansteigen. Al-Monitor zitiert den syrischen Studenten Mulham Obeid folgendermaßen:

[34] Tahiroğlu, Merve (17.08.2022). Immigration Politics: Refugees in Turkey and the 2023 Elections, <https://us.boell.org/en/2022/08/17/immigration-politics-refugees-turkey-and-2023-elections#2B> (Zugriff 06.05.23).

[35] Yasar, Aydin (05.05.2023). Ende der Ära Erdogan? Eine Richtungswahl für die Türkei, <https://de.qantara.de/inhalt/ende-der-aera-erdogan-eine-richtungswahl-fuer-die-tuerkei> (Zugriff 06.05.23).

[36] Sazak, Selim (08.08.2021). Turkey's Refugee Problem Is Reaching a Breaking Point. Foreign Policy, <https://foreignpolicy.com/2021/09/08/turkey-refugee-erdogan-akp-crisis-chp-syria-afghanistan/> (Zugriff 06.05.23).

[37] Kaya, Ahmet (05.08.2021). Her 10 Suriyeli mülteci 6 Türk'ü işsiz bıraktı, <https://www.sozcu.com.tr/2021/ekonomi/her-10-suriyeli-multeci-6-turku-issiz-birakti-6575518/> (Zugriff 06.05.2023).

[38] Pawson, Melissa (06.12.2022). Migrant rights advocates fear for safety ahead of Turkish elections, <https://www.opendemocracy.net/en/beyond-trafficking-and-slavery/migrant-rights-advocates-fear-for-safety-ahead-of-turkish-elections/> (Zugriff 06.05.23).

"I face almost daily racism by Turkish youth, not to mention that the employer pays me a wage according to his liking and refused to obtain a work permit for me. If the authorities know about that, I will be the culprit. But I did not find any other job." [39]

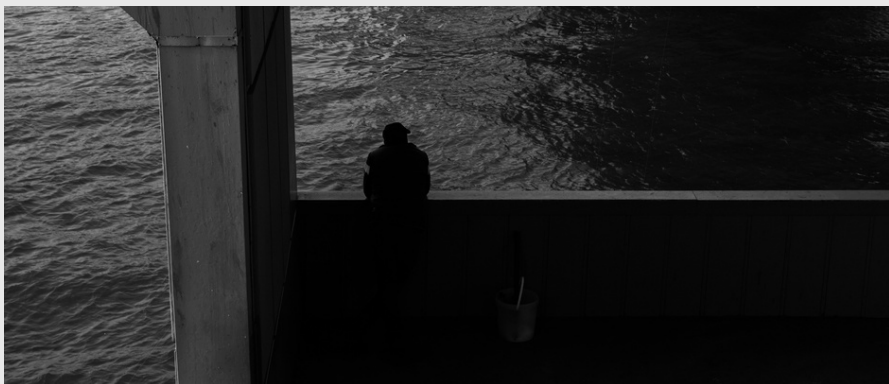
Er erzählt weiter, wie er in einer Alltagssituation aufgrund seiner Herkunft mit einem Messer bedroht wurde. Insgesamt kam es in den letzten Jahren durch Messer- und Schussangriffe bereits mehrfach zu Morden, die politisch motiviert einzuordnen sind. [40] Aktuell ist die Arbeitslosenquote, insbesondere unter syrischen Geflüchteten, so hoch wie nie. [41] Darüber hinaus sind syrische Kinder von der harten Politik betroffen: Aktuelle Umfragen zufolge besuchten im Jahr 2022 nur etwa ein Drittel aller Kinder im schulpflichtigen Alter die Schule. [42] Eine tatsächliche (Bleibe-)Perspektive soll in der Türkei folglich verwehrt werden.

[39] Al-Monitor (25.06.2022). Syrian refugees recount harassment, abuse in Turkey, <https://www.al-monitor.com/originals/2022/06/syrian-refugees-recount-harassment-abuse-turkey#ixzz800ENvdb0> (Zugriff 06.05.23).

[40] Sazak, Selim (08.08.2021). Turkey's Refugee Problem Is Reaching a Breaking Point. Foreign Policy, <https://foreignpolicy.com/2021/09/08/turkey-refugee-erdogan-akp-crisis-chp-syria-afghanistan/> (Zugriff 06.05.23).

[41] Kaya, Ahmet (05.08.2021). Her 10 Suriyeli mülteci 6 Türk'ü işsiz bıraktı, Sozcu, <https://www.sozcu.com.tr/2021/ekonomi/her-10-suriyeli-multeci-6-turku-issiz-birakti-6575518/> (Zugriff 06.05.2023).

[42] Uludağ, Alican (30.03.2022). MEB raporu: Suriyeli çocukların yüzde 35'i okula gidemiyor, <https://www.dw.com/tr/meb-raporu-suriyeli-cocuklarin-yuzde-35i-okula-gidemiyor/a-61307411> (Zugriff 06.05.2023).



© Kamil Kalkan

Die Wahl und deren mögliche Konsequenzen

Wie deutlich wurde, hat die aktuelle Regierung seit ihrem Kurswechsel über die letzten Jahre das Thema Migration instrumentalisiert, um Ängste zu schüren, zu polarisieren und insbesondere syrische Geflüchtete zu stigmatisieren. [43] Die Angst vor einer vermeintlichen 'Überfremdung' der Türkei wächst aufbauend auf der ohnehin kemalistischen Tradition von patriotistischen und nationalistischen Denkstrukturen. Diese Tendenz spiegelt sich quer durch die politische Landschaft der Türkei wider: Einer aktuellen Umfrage des Instituts Metropol nach wollen 81,7 Prozent der türkischen Bevölkerung, dass Syrer*innen in ihr Heimatland zurückkehren. Gut 84 Prozent der Wähler*innen der AKP sprechen sich dafür aus. Unter den Anhänger*innen der Opposition ist der Anteil sogar noch höher: 89 Prozent der CHP-Wähler und 97 Prozent der Wähler der nationalistischen Oppositionspartei İyİ (Gute Partei) wollen die Geflüchteten nicht länger im Land haben. [44]

Diese eindeutige Stimmung über das gesamte politische Spektrum hinweg wird zudem merklich in den Wahlprogrammen der Regierung und der Opposition aufgefangen: Zwar stehen Syrer*innen dabei klar im Vordergrund der antimigrantischen Stimmung und im Fokus politischer Kampagnen – grundsätzlich sollen jedoch alle 'irregulären' Migrant*innen langfristig das Land verlassen. Ebendiese Wahlprogramme und -versprechen wollen wir im folgenden Absatz überblicksartig darstellen. Zunächst werfen wir dafür einen Blick auf die verschiedenen Präsidentschaftskandidaten und deren politische Ausrichtung, um daraufhin die verschiedenen Wahlversprechen besser einordnen zu können. Zuletzt wollen wir aufbauend auf dieser Darstellung und Analyse mögliche Konsequenzen der Wahlprogramme für die Zukunft beschreiben.

[43] Yasar, Aydin (05.05.2023). Ende der Ära Erdogan? Eine Richtungswahl für die Türkei, Qantara, <https://de.qantara.de/inhalt/ende-der-aera-erdogan-eine-richtungswahl-fuer-die-tuerkei> (Zugriff 06.05.23).
<https://www.sozcu.com.tr/2021/ekonomi/her-10-suriyeli-multeci-6-turku-issiz-birakti-6575518/> (Zugriff 06.05.2023).
[44] Karabat, Ayşe (10.06.2022). Die Türkei und die syrischen Flüchtlinge. Wie die Syrer zum Sündenbock werden, Qantara, <https://de.qantara.de/inhalt/die-tuerkei-und-die-syrischen-fluechtlinge-wie-die-syrer-zum-suendenbock-werden> (Zugriff 06.05.23).



© Ashkan Forouzani

Die Kandidaten und ihre politische Ausrichtung

Grundsätzlich ist die türkische Gesellschaft politisch stark polarisiert. Die Unterschiede in den grundsätzlichen Wertorientierungen, Identitäten und Lebenswirklichkeiten der Bürger*innen spiegeln sich auch in ihrem Wahlverhalten wider. So lässt sich die Gesellschaft angesichts der anstehenden Wahl grob in zwei Lager unterteilen: Trotz unterschiedlicher Einkommensverhältnisse wählen die meisten konservativen und religiösen Bürger*innen sowie einige Nationalist*innen traditionell die AKP und die mit ihr verbündete ultrarechte MHP. Mehr säkular orientierte Bürger*innen mit eher modernen Lebensentwürfen und westlicher Orientierung unterstützen hingegen die von der CHP angeführte Opposition. [45]

Die Erdoğan-Regierung

Seit zwanzig Jahren bildet Recep Tayyip Erdoğan mit seiner Partei, der islamisch-konservativen AKP, die Spitze der türkischen Regierung. Seine Außenpolitik ist weniger proeuropäisch als die seiner Vorgängerregierung und orientiert sich heute vielmehr in Richtung arabisch-geprägter Staaten (Syrien und Saudi-Arabien) als traditionell kemalistisch Richtung Westen. Nachdem die AKP-Regierung Anfang des Jahrtausends zunächst einen wirtschaftlichen Aufschwung erwirkte und damit einen großen Zuspruch hinter sich vereinte, herrscht seit einigen Jahren eine Inflations- und Schuldenkrise in der Türkei, die auch das Vertrauen in Erdoğan ins Wanken brachte. Grob zusammengefasst schafften Erdoğan und die AKP als Reaktion darauf – was vor allem auch als Folge des Putschversuches im Jahr 2016 bewertet wird – im Jahr 2017 mit einem Verfassungsreferendum ein Präsidialsystem, in dem er heute als Präsident ein bis dahin beispielloses Machtmonopol genießt und faktisch am Parlament 'vorbeiregieren' kann. [46]

[45] Karabat, [Ayşe](https://de.qantara.de/inhalt/tuerkische-opposition-werben-um-die-waehlerschaft) (04.05.2022). Türkische Opposition. Werben um die Wählerschaft, Qantara, <https://de.qantara.de/inhalt/tuerkische-opposition-werben-um-die-waehlerschaft> (Zugriff 06.05.23).

[46] tagesschau (10.02.2017). Entwurf Verfassungsreform. Erdogan stimmt Referendum zu, <https://www.tagesschau.de/ausland/erdogan-verfassungsreform-101.html> (Zugriff 07.05.2023)

Wie autoritär sich das Regime seitdem entwickelt hat, zeigt sich unter anderem in der starken Einschränkung der Presse- und Meinungsfreiheit, den zahlreichen willkürlichen Verhaftungen, einer staatlichen Internetkontrolle (wie zuletzt im Rahmen des Erdbebens, als z.B. Twitter blockiert wurde, nachdem Kritik am Krisenmanagement der Regierung geäußert wurde) und verschiedenen Einschränkungen liberaler Gesetzgebung, wie beispielsweise das Verbot von Schwangerschaftsabbrüchen.

Die Kılıçdaroğlu-Opposition

Der gegnerische Präsidentschaftskandidat Kemal Kılıçdaroğlu ist Teil des politisch relativ breit gestreuten pro-europäischen Sechser-Bündnisses, das die aktuelle Regierung unter Präsident Erdoğan abzulösen versucht. Der Präsidentschaftskandidat verspricht den Wähler*innen vor allem die Reinstallation des parlamentarischen Systems und damit die Begrenzung der Macht des Präsidenten und ein Aufleben der türkischen Demokratie. Wirft man einen genaueren Blick auf das Sechser-Bündnis, wird die Diversität der verschiedenen Parteien überaus deutlich: Der Ansatz der kemalistisch-sozialdemokratischen CHP, die ursprünglich von Kemal Atatürk gegründet wurde, ist grundsätzlich stark von der westlichen Orientierung der Gründerfiguren der Republik beeinflusst. Die İyi - Partei (Gute Partei), eine Abspaltung der MHP (Partei der Nationalistischen Bewegung), ist national-wirtschaftsliberal orientiert. Die DP (Demokratische Partei) ist überwiegend liberal-konservativ genauso wie die DEVA (Partei für Demokratie und Fortschritt) und die GP (Zukunftspartei). Die SP (Partei der Glückseligkeit) ist dagegen eher islamistisch orientiert. [47]

[47] Yasar, Aydin (05.05.2023). Ende der Ära Erdogan? Eine Richtungswahl für die Türkei, Quantara, <https://de.quantara.de/inhalt/ende-der-aera-erdogan-eine-richtungswahl-fuer-die-tuerkei> (Zugriff 06.05.23).



© The Ian

Pläne der Migrationspolitik in den Wahlprogrammen

Im Jahr 2023 ist die grundsätzliche Situation für die Menschen in der Türkei aufgrund der scheinbar ausufernden Inflation, der hohen Arbeitslosigkeit, den Erdbeben und der daraus entstehenden Armut überaus schwierig. Wie bereits beschrieben, haben insbesondere rechtspopulistische und nationalistische Parteien die Gunst der Stunde genutzt, um diese aussichtslos erscheinende Situation für ihre eigenen Zwecke zu nutzen. [48] Die in der Türkei tief traditionell verankerte (politische) Vision 'Türkiye First' spiegelt sich in den Wahlprogrammen der Regierungspartei sowie der Opposition wider.

Migrationspolitischer Wahlkampf der Regierung

An dieser Stelle des Artikels wurde bereits deutlich, dass die Regierung mit populistischen Argumentationen wie 'das türkische Volk habe viel zu kämpfen' versucht, die gesellschaftlich verbreitete Frustration und Sorge durch ein hartes Vorgehen gegen Geflüchtete aufzufangen. [49] Bereits seit 2018 plant die Regierung daher ein konkretes Umsiedlungsprojekt, auf das wir oben bereits verwiesen haben: Zum einen existiert seit 2019 das AVRR-Programm, in dem zunächst 3.500 'irreguläre Migrant*innen', finanziert durch die EU, 'freiwillig' abgeschoben werden sollten. Ein weiterer Entwurf sieht vor, dass langfristig eine Millionen Syrer*innen 'freiwillig' in eine erweiterte 'Pufferzone' in Nordsyrien zurückkehren sollen. [50] Eine kleinere Version einer solchen Zone existiert bereits. Diese wurde 2019 eingerichtet - nur wenige Monate bevor die Türkei eine Militäroffensive gegen kurdisch geführte Kräfte in Nordsyrien durchführte. [51]

[48] Topcu, Elmas (25.04.2023). Die Türkei vor den Wahlen. "Wir werden die Syrer zurückschicken", Qantara, <https://de.qantara.de/inhalt/die-tuerkei-vor-den-wahlen-wir-werden-die-syrer-zurueckschicken> (Zugriff 06.05.23). [49] tagesschau (10.02.2017). Entwurf Verfassungsreform. Erdogan stimmt Referendum zu, <https://www.tagesschau.de/ausland/erdogan-verfassungsreform-101.html> (Zugriff 07.05.2023)

[49] Pawson, Melissa (06.12.2022). Migrant rights advocates fear for safety ahead of Turkish elections, Open Democracy, <https://www.opendemocracy.net/en/beyond-trafficking-and-slavery/migrant-rights-advocates-fear-for-safety-ahead-of-turkish-elections/> (Zugriff 06.05.23).

[50] Ministry of Foreign Affairs, Republic of Türkiye (2019): Assisted Voluntary Return and Reintegration of Irregular Migrants in Türkiye (AVRR)

https://ab.gov.tr/assisted-voluntary-return-and-reintegration-of-irregular-migrants-in-turkey-avrr-_52216_en.html

[51] Pawson, Melissa (06.12.2022). Migrant rights advocates fear for safety ahead of Turkish elections, Open Democracy, <https://www.opendemocracy.net/en/beyond-trafficking-and-slavery/migrant-rights-advocates-fear-for-safety-ahead-of-turkish-elections/> (Zugriff 06.05.23).

So will die Regierung laut Wahlversprechen die Rückkehr der in der Türkei lebenden Syrer*innen durch von Russland vermittelte Gespräche zwischen Ankara und Damaskus nach mehr als einem Jahrzehnt politischer Feindseligkeiten erleichtern. [52] Damaskus drängt auf eine konkrete Zusage Ankaras für den Abzug der türkischen Militärpräsenz in Nordsyrien. [53] Wenngleich exakte Zahlen noch nicht feststehen, wird davon ausgegangen, dass die türkischen Behörden zwischen 2019 und 2021 bereits 155.000 syrische Geflüchtete abgeschoben haben - de facto stellt dies keine 'freiwillige' Rückkehr, sondern eine erzwungene dar. [54] Diese eingerichteten 'Schutzzonen' erfüllen dabei zwei der wichtigsten Ziele der türkischen Syrienpolitik: die Schaffung eines Puffers zu den syrischen Kurd*innen und die Rückführung syrischer Geflüchteter.

Die so vertretene Politik der Einrichtung 'sicherer Zonen' innerhalb Syriens wird von Seiten der Regierung im Wahlkampf als eine Rundumschlagslösung für den Umgang mit Migration in der Türkei beworben. [55] Im Vergleich zu der Opposition hält sich die Regierung jedoch mit konkreten Versprechungen bezüglich einer zukünftigen Rückführungspolitik in ihren Wahlversprechungen zurück. Die Migrationssteuerungspläne - wie auch die generelle Politik der AKP - scheinen im Wahlkampf bewusst von Intransparenz und Willkürlichkeit geprägt zu sein. Auf diese Weise werden Missstände im eigenen Regieren versteckt, das mehr denn je durch Korruption, Vetternwirtschaft und Missmanagement wie zuletzt bei der Zinspolitik, die letztlich unter anderem zur aktuellen wirtschaftlichen Situation der Türkei maßgeblich beigetragen hat, geprägt wird.

Bezüglich einer anvisierten zukünftigen Beziehung zur EU und speziell zu Griechenland lässt die AKP im Wahlkampf - wie auch in einigen anderen Bereichen - kaum einen klaren Kurs erkennen: Die Beziehung zu Griechenland ist aufgrund der Situation in Zypern sowie wegen Migrationsbewegungen von der Türkei nach Griechenland und ungeklärten Verantwortlichkeiten weiterhin extrem angespannt. Eine Auflösung dieses Konflikts scheint unter Erdoğan nicht absehbar, sofern sich die EU weiterhin weigert, Verantwortung (finanziell oder logistisch) für flüchtende Menschen zu übernehmen. Angesichts der letzten Jahre ist allerdings davon auszugehen, dass eine Neuverhandlung der EU-Türkei-Erklärung für Erdoğan zumindest nicht gänzlich ausgeschlossen ist. Dieser wäre mit seinen letztendlichen Implikationen für die Personen auf der Flucht vermutlich vor allem mit kontinuierlicher Einkesselung in der Türkei und nicht mit einer Installation von mehr Rechten und Versorgungsleistungen verbunden.

[52] Al-Monitor (27.03.2023): 60,000 Syrians have left Turkey, Turkish defense chief says, <https://www.al-monitor.com/originals/2023/03/60000-syrians-have-left-turkey-turkish-defense-chief-says>

[53] ebd

[54] ebd.

[55] Petillo, Kelly (09.05.2022). Turkey's open door closes: How Europe can better support Syrian refugees, ECFR, <https://ecfr.eu/article/turkeys-open-door-closes-how-europe-can-better-support-syrian-refugees/>

Opposition

Die oft intransparente Migrationspolitik der türkischen Regierung der letzten Jahre in Kombination mit der Wirtschaftskrise machte syrische Geflüchtete auch zur Zielscheibe der Opposition im Kampf um Wähler*innenstimmen. [56] Die daraus abgeleitete Rhetorik der kemalistisch-sozialdemokratischen CHP im Wahlkampf ist als 'antiarabisch' und migrant*innenfeindlich einzuordnen. Zuletzt sprach sich Kılıçdaroğlu zwar als Alevit für die Anerkennung und Rechte von Minderheiten in der Türkei aus – diese sollen allerdings scheinbar keinesfalls für alle gelten. [57] Nationalistische sowie patriotische Tendenzen waren bei der CHP und ihrer Wählerschaft in der Tradition Atatürks schon immer sichtbar, im Bündnis mit den Parteien des Sechser-Bündnisses, insbesondere aber der nationalkonservativen İyi – Partei, verschärfte sie ihre nationalistische Haltung im Wahlkampf noch einmal deutlich. [58] Kılıçdaroğlu kritisierte die Politik der offenen Tür für Syrer*innen der aktuellen Regierung stets und sprach sich gegen die militärische Intervention der Türkei im syrischen Bürgerkrieg aus. [59] Seine Kritik ging bereits so weit, dass er das türkische Militär explizit dazu aufrief, die Türkei vor ankommenden Geflüchteten zu schützen. [60]

Ähnlich wie die Regierung argumentiert auch Tanju Özcan von der CHP in Bezug auf die Abschottungspolitik, nämlich dass ein Zusammenhang zwischen syrischen Geflüchteten und der Wirtschaftskrise durchaus bestehe. Auf Plakaten in arabischer und türkischer Sprache richtete sich Özcan an die Migrant*innen aus Syrien:

"Ihr seht die Wirtschaftskrise in unserem Land. Unsere eigene Jugend ist arbeitslos, Familien leben unterhalb der Armutsgrenze. Wir können nicht weiter Brot und Wasser mit euch teilen." [61]

Die İyi – Partei befürwortet eine ähnliche Agenda, die die Ausweisung illegalisierter Einwanderer*innen und ein Quotensystem für die Ansiedlung von Syrer*innen in städtischen Vierteln vorsieht. [62]

[56] Karabat, Ayşe (10.06.2022). Die Türkei und die syrischen Flüchtlinge. Wie die Syrer zum Sündenbock werden, <https://de.qantara.de/inhalt/die-tuerkei-und-die-syrischen-fluechtlinge-wie-die-syrer-zum-suendenbock-werden> (Zugriff 06.05.23).

[57] Hamza, Assiya (07.05.2023). 'All we're asking is to be recognised': the Alevitis of Turkey struggle for equality, <https://www.france24.com/en/middle-east/20230507-all-that-we-re-asking-for-is-to-be-recognised-turkish-alevitis-struggle-for-equality> (Zugriff: 08.05.2023).

[58] Pawson, Melissa (06.12.2022). Migrant rights advocates fear for safety ahead of Turkish elections, Open Democracy, <https://www.opendemocracy.net/en/beyond-trafficking-and-slavery/migrant-rights-advocates-fear-for-safety-ahead-of-turkish-elections/> (Zugriff 06.05.23).

[59] Esen, Berk (2022). Post-2023 Election Scenarios in Turkey, SWP comment, https://www.swp-berlin.org/publications/products/comments/2022C55_Turkey_Post-2023.pdf, S.6

[60] Sanderson, Sertan (03.04.2023). Turkey cracks down on migrants in major operation as pre-election rhetoric heats up, Infomigrants, <https://www.infomigrants.net/en/post/47945/turkey-cracks-down-on-migrants-in-major-operation-as-pre-election-rhetoric-heats-up> (Zugriff 06.05.23); O.V. (03.05.2022). Erdoğan, 1 milyon Suriyelinin gönüllü geri dönüşü için hazırlık yaptıklarını söyledi, BBC News Türkiye, <https://www.bbc.com/turkce/haberler-turkiye-61307585> (Zugriff 06.05.23).

[61] Karabat, Ayşe (10.06.2022). Die Türkei und die syrischen Flüchtlinge. Wie die Syrer zum Sündenbock werden, <https://de.qantara.de/inhalt/die-tuerkei-und-die-syrischen-fluechtlinge-wie-die-syrer-zum-suendenbock-werden> (Zugriff 06.05.23).

[62] Esen, Berk (2022). Post-2023 Election Scenarios in Turkey, SWP comment, https://www.swp-berlin.org/publications/products/comments/2022C55_Turkey_Post-2023.pdf, S.6

In die gleiche Richtung gehen die Wahlversprechen der Partei des Sieges (Zafer) unter der Führung von Umit Ozdag. Dieser ging sogar noch einen Schritt weiter, indem er einen knapp zehnmütigen Kurzfilm mit dem Titel "The Silent Occupation" auf YouTube veröffentlichte. In diesem wird eine dystopische Zukunft geschildert, in der Türk*innen von arabischen Immobilienmakler*innen aus ihren Vierteln vertrieben werden und die türkische Sprache verboten ist. [63] Mit derartigen populistischen Mitteln wird die Stigmatisierung von Geflüchteten befeuert und mit Ängsten vor einer angeblich drohenden Überfremdung gespielt. Dieser Inszenierung schloss sich die Vorsitzende der IP, Meral Akşener, an. Zudem forderte sie Erdoğan im Mai 2022 auf, sie zur Sonderbeauftragten für Flüchtlinge zu ernennen. Dieser Forderung fügte sie hinzu, dass sie jederzeit gerne nach Syrien reisen würde, um Assad die Hand zu schütteln und syrische Geflüchtete dorthin zurückschicken möchte. [64]

Insgesamt verspricht Kılıçdaroğlu als Präsidentschaftskandidat der Opposition nun den Wähler*innen, dass er im Falle eines Wahlsiegs die Bedingungen für eine 'freiwillige' Rückkehr der Geflüchteten nach Syrien innerhalb von zwei Jahren festlegen wird. Dies soll unter anderem durch einen Dialog mit dem Assad-Regime, eine verstärkte Zusammenarbeit und Koordinierung mit der internationalen Gemeinschaft (stärkste finanzielle Unterstützung wäre hierbei die EU) sowie Infrastrukturinvestitionen in Syrien erfolgen. [65] Gleichzeitig werden "intensive Kontakte und Dialoge" mit Damaskus und Oppositionsvertreter*innen, mit Ausnahme militanter Gruppen, versprochen, um die Friedensbemühungen in Syrien zu unterstützen. [66] Die AKP-Regierung hat jahrelang gegen das Assad-Regime kämpfende Gruppen militärisch unterstützt und seit 2016 Militäroperationen in Syrien durchgeführt. Aufgrund der hohen finanziellen Ausgaben im Rahmen dieser Militäroperationen hätte die neue Regierung sicherlich einen Anreiz, über einen militärischen Abzug im Gegenzug für die Rückkehr von Hunderttausenden Syrer*innen zu verhandeln. Ob sie auch konkrete Zugeständnisse von Seiten der syrischen Regierung erhalten würde, bleibt allerdings fraglich. [67]

In Bezug auf weitere außenpolitischen Vorhaben der Opposition heißt es in einem gemeinsamen Strategiepapier des Sechser-Bündnisses, dass sich die zukünftige türkische Außenpolitik auf Atatürks Spruch "Frieden im eigenen Land, Frieden in der Welt" stützen und sich frei von ideologischen Erwägungen an universelle Werte und internationales Recht halten will. [68]

[63] Petillo, Kelly (09.05.2022). Turkey's open door closes: How Europe can better support Syrian refugees, ECFR, <https://ecfr.eu/article/turkeys-open-door-closes-how-europe-can-better-support-syrian-refugees/>

[64] Tahiroğlu, Merve (17.08.2022). Immigration Politics: Refugees in Turkey and the 2023 Elections, <https://us.boell.org/en/2022/08/17/immigration-politics-refugees-turkey-and-2023-elections#2B> (Zugriff 06.05.23).

[65] ebd.

[66] Tastekin, Fehim (15.04.2023). Turkey's opposition foreign policy promises gradual departure from Erdogan's, Al-Monitor, <https://www.al-monitor.com/originals/2023/04/turkeys-opposition-foreign-policy-promises-gradual-departure-erdogans> (Zugriff 06.05.23).

[67] Esen, Berk (2022). Post-2023 Election Scenarios in Turkey, SWP comment, https://www.swp-berlin.org/publications/products/comments/2022C55_Turkey_Post-2023.pdf, S.5.

[68] Tastekin, Fehim (15.04.2023). Turkey's opposition foreign policy promises gradual departure from Erdogan's, Al-Monitor, <https://www.al-monitor.com/originals/2023/04/turkeys-opposition-foreign-policy-promises-gradual-departure-erdogans> (Zugriff 06.05.23).

Dabei ist ein harter Kurs in Bezug auf Grenzsicherung anvisiert: Mittels neuer Technologien und Drohnen soll unkontrollierte Migration zukünftig verhindert werden. Darüber hinaus stehen Visaliberalisierungen weiterhin als eines der wichtigsten Verhandlungspunkte in der Asyl- und Migrationspolitik an der Tagesordnung. Einen weiteren Schwerpunkt sollen Rückführungsabkommen mit Drittstaaten (wie zum Beispiel Iran, Afghanistan und Pakistan) bilden. [69]

In Bezug auf eine Zusammenarbeit mit der EU würde die Opposition im Falle eines Sieges die Beziehungen zwischen der EU und der Türkei neu gestalten wollen. Zudem sollen die Beziehungen der Türkei zu ihren westlichen Verbündeten wieder verbessert werden. [70] Weiter befürwortet die Opposition den Antrag der Türkei auf Vollmitgliedschaft in der Europäischen Union und verpflichtet sich, alle Urteile des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte zu respektieren. [71] Darüber hinaus soll die EU-Türkei-Erklärung überprüft werden, eine Neuverhandlung wird abgelehnt. [72]

In der Rivalität im östlichen Mittelmeerraum um Energieressourcen und in den territorialen Streitigkeiten der Türkei mit Griechenland ist eine Kontinuität der bisherigen Politik zu erwarten, auch wenn die Sechs-Parteien-Allianz ankündigt, der Diplomatie den Vorrang geben und den konfrontativen Stil aufzugeben, der die türkische Außenpolitik unter der AKP im vergangenen Jahrzehnt geprägt hat. [73]

[69] Topcu, Elmas (25.04.2023). Die Türkei vor den Wahlen. "Wir werden die Syrer zurückschicken", Qantara, <https://de.qantara.de/inhalt/die-tuerkei-vor-den-wahlen-wir-werden-die-syrer-zurueckschicken> (Zugriff 06.05.23).

[70] Esen, Berk (2022). Post-2023 Election Scenarios in Turkey, SWP comment, https://www.swp-berlin.org/publications/products/comments/2022C55_Turkey_Post-2023.pdf, S.7.

[71] Tastekin, Fehim (15.04.2023). Turkey's opposition foreign policy promises gradual departure from Erdogan's, Al-Monitor, <https://www.al-monitor.com/originals/2023/04/turkeys-opposition-foreign-policy-promises-gradual-departure-erdogans> (Zugriff 06.05.23).

[72] Topcu, Elmas (25.04.2023). Die Türkei vor den Wahlen. "Wir werden die Syrer zurückschicken", Qantara, <https://de.qantara.de/inhalt/die-tuerkei-vor-den-wahlen-wir-werden-die-syrer-zurueckschicken> (Zugriff 06.05.23).

[73] Tastekin, Fehim (15.04.2023). Turkey's opposition foreign policy promises gradual departure from Erdogan's, Al-Monitor, <https://www.al-monitor.com/originals/2023/04/turkeys-opposition-foreign-policy-promises-gradual-departure-erdogans> (Zugriff 06.05.23).



Fazit und Ausblick

Wie in dem Artikel deutlich wurde, ist die politische Situation in der Türkei nach zwanzig Jahren AKP-Regierung unter Erdoğan von Willkürlichkeit, Repression und Intransparenz geprägt. Die Hoffnungen vieler Menschen auf einen politischen Umsturz sind daher groß: Wenn die Opposition am 14. Mai die Präsidentschaftswahl tatsächlich gewinnen sollte, will sich die neue Regierung der Aufgabe stellen, eine demokratische Bürokratie aufzubauen, den diplomatischen Kurs und die Wirtschaftspolitik der Türkei neu zu strukturieren und zu einem parlamentarischen System zurückzukehren. [74] Wie in diesem Artikel dargestellt wurde, wäre die demokratische Neuausrichtung der neuen Regierung aber nach aktuellem Stand keinesfalls mit einer Verbesserung der Situation für Geflüchtete und Migrant*innen in der Türkei verbunden, sondern sogar mit noch härteren Repressionen und Abschiebeplänen: So werden Menschen auf der Flucht in den Vorhaben der Opposition nicht wie Individuen mit Lebensentwürfen und Rechten behandelt, sondern werden in der Tradition der AKP eher weiterhin wie Schachfiguren für politische Ziele missbraucht.

An dieser Stelle ist jedoch gleichzeitig noch einmal deutlich zu betonen, dass die Auslagerungspolitik der EU in den letzten Jahren dieser Instrumentalisierung in keinster Weise nachsteht und einen wichtigen Anteil an der repressiven Entwicklung der türkischen Migrationspolitik trägt. Die zunehmend migrant*innenfeindliche Stimmung in der türkischen Gesellschaft und Politik hängt neben der ohnehin nationalistischen und patriotischen geprägten Kultur letztlich damit zusammen, dass ihnen die Versorgung und Aufnahme von so vielen fliehenden Menschen (die eigentlich weiterreisen wollen) deswegen aufgezwungen wurde, weil diese in der EU schlicht nicht erwünscht und die Türkei aufgrund der wirtschaftlichen Situation und geopolitischen Position erpressbar war.

[74] Esen, Berk (2022). Post-2023 Election Scenarios in Turkey, SWP comment, https://www.swp-berlin.org/publications/products/comments/2022C55_Turkey_Post-2023.pdf, S.1.

Daneben hoffte die Türkei jahrzehntelang auf einen EU-Beitritt, auf den sie jedoch immer wieder vertröstet wurde. Die anvisierte außenpolitische westliche Neuausrichtung der Opposition stünde daher noch vor einigen weiteren Hürden: Insbesondere der Status Zyperns, die Seegrenzen zu Griechenland und der EU-Türkei-Deal werden die bilateralen Beziehungen zur EU weiterhin belasten.

In Bezug auf die Türkei bleibt innenpolitisch nur zu hoffen, dass sich nach der Wahl das in den letzten Jahren von der AKP-Regierung befeuerte politische Narrativ ändert, die 'Sündenbock-Politik' zu Lasten der Geflüchteten beendet wird und anderweitig politische Verantwortung übernommen wird. Attacken und Hetze gegen Geflüchtete in der Gesellschaft müssten klar verurteilt, statt politisch befeuert werden und zivilgesellschaftliche Räume für Solidarität mit Geflüchteten müssen wieder stattfinden können. Grundsätzlich muss der Zugang zu Rechten Aller gewährleistet werden. Menschen nicht unfreiwillig abgeschoben und vor allem schlicht nicht für außen- und innenpolitische Unzulänglichkeiten und Missmanagement missbraucht werden!

Kontakt:

Sitz Palermo
borderline-europe
Menschenrechte ohne Grenzen e.V.
<https://www.borderline-europe.de/>
italia@borderline-europe.de

